

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

25.3.1906 (No. 103)



# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 25. März.

№ 103.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

## Abonnements-Einladung.

Die „Karlsruher Zeitung“, die als erstes Organ die Hofberichte und die amtlichen Veröffentlichungen der Großh. Regierung bekannt gibt, ist auf kein Fraktionsprogramm verpflichtet und steht somit vorurteilslos den öffentlichen Fragen gegenüber, deren Lösung sie, unabhängig von Schlagworten, im Sinne des Allgemeinwohls herbeizuführen bemüht ist. Auf dem Boden unbedingter Treue zu Kaiser und Reich, für Fürst und Vaterland wirkend, tritt sie ein für die Fortentwicklung und den vernunftgemäßen Ausbau unserer verfassungsrechtlichen Einrichtungen in gemäßigt-liberalem Sinne. Unterstützt von einer Reihe gutunterrichteter Mitarbeiter im Reich wie im engeren Heimatlande vermag die „Karlsruher Zeitung“ ihren Lesern ein wahrheitsgetreues Bild der wichtigsten Begebenheiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens rasch zu bieten.

Durch ihre gleichmäßige Verbreitung in den kaufkräftigen Kreisen des Großherzogtums eignet sich die „Karlsruher Zeitung“ für Anzeigen aller Art.

Der Abonnementspreis der „Karlsruher Zeitung“ beträgt für das Vierteljahr 3 Mark 50 Pf., bei Bezug durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung einschließlich der Zustellungsgebühr 3 M. 65 Pf.

Beim bevorstehenden Vierteljahreswechsel laden wir zum Abonnement auf die „Karlsruher Zeitung“ höflichst ein.

Redaktion und Verlag der „Karlsruher Zeitung“.

## Amthlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 27. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Generalsekretär des deutschen Zentral-Komitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke, Oberstabsarzt a. D. Dr. Nietner in Berlin das Ritterkreuz I. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigst bewogen gefunden, dem Fürstlich Fürstentumsgenossen Adolf Fischer in Göggingen die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen königlich preussischen Kronen-Medaille zu erteilen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigst bewogen gefunden, dem Zahlmeister der Hamburg-Amerika-Linie Albert Scheidel in Hamburg die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von dem Präsidenten der Französischen Republik verliehenen Ritterkreuzes des Annamitischen Drachenordens zu erteilen.

## Nicht-Amthlicher Teil.

### Württembergische Landtagswahlen.

— Stuttgart, 23. März.

Obgleich die Landtagswahlen erst ganz aufs Ende dieses Jahres bevorstehen, sieht man die Parteien jetzt schon mit Vorarbeiten dazu beschäftigt. Die Sozialdemokratie bestellt schon da und dort Kandidaten. Die Volkspartei sucht in besonders gefährdeten Bezirken ihre Organisation zu stärken durch Abhaltung von Versammlungen und Gründung von Vereinen der „jungen Volkspartei“. Die Deutsche Partei, die seit dem Aufhören der „Württembergischen Volkszeitung“ kein eigentlich parteiamtliches Blatt mehr besitzt — der beabsichtigte Ersatz durch einen württembergischen Teil der norddeutschen „National-Liberalen „Freien Stimmen“ scheint wenig Anklang gefunden zu haben — gibt jetzt schon „Mitteilungen“ heraus, die das Material für die Landtagswahl-agitation bereitlegen sollen. Das Zentrum fährt fort, in den vorwiegend katholischen Bezirken sich mit schweren Geldopfern die einflussreichen Amtsblätter zu sichern. Der Bauernbund ist noch reger als sonst mit Versammlungen, die er praktischer Weise mit Vorliebe auf die Viehmarkttag verlegt. Durch eine dieser Versammlungen erfuhr man, daß die Deutsche Partei einem Zusam-

mengehen mit dem Bauernbund nicht ganz abgeneigt ist, es aber mehr nur von Fall zu Fall in Aussicht nimmt, während der Bauernbund ein Abkommen durch das ganze Land hindurch wünscht und, wenn dies nicht zu erreichen ist, es vorzieht, überall als Kampfpartei aufzutreten. Auch hörte man bei dieser Gelegenheit, daß der Bund sich große Hoffnungen auf die nächsten Wahlen macht, er soll auf 18 Mandate rechnen. Zunächst scheidet er sich an, den durch den Tod des demokratischen Abg. Stockmayer erledigten Landtagsitz Marbach zu erobern, und die Deutsche Partei scheint geneigt, ihm hierbei behilflich zu sein, aus Erkenntlichkeit für die Reichstagswahlhilfe des Bundes, der sie ihren noch einzigen Reichstagsitz (Marbach-Ludwigsburg etc.) mitzuverdanken hat. Aus dem bisherigen Stand der Dinge erhellt soviel, daß eine Aktion des Gesamtliberalismus für die nächsten Landtagswahlen in Württemberg nicht zu erwarten steht. In dieser Beziehung ist freilich in der Presse bemerkt worden, daß die Situation bei den kommenden Wahlen ganz und gar von dem Schicksal der Verfassungsrevision abhängt. Eine nähere Ueberlegung gibt aber für diese Annahme nur wenige Anhaltspunkte. Kommt die Verfassungsrevision zustande, kommt sie insbesondere zustande mit ergänzenden Proportionalwahlen, so wird schon hierdurch jede Partei gezwungen sein, möglichst selbständig vorzugehen. Denn eine besondere Agitation für die Proportionalwahlen nach Abschluß der Bezirkswahlen würde sich schwer ermöglichen lassen und wohl kaum lohnen, vielmehr müssen die Bezirkswahlen zugleich die Vorarbeit für die Verhältniswahlen leisten. Es wird also jede Partei bemüht sein müssen, in möglichst vielen Bezirken eigene Kandidaten aufzustellen, um ihre Anhänger zu sammeln und zur Geltung zu bringen. Scheitert aber die Verfassungsrevision wiederum, dann liegt es in der Natur der Sache, daß mit diesem Kapitel voreerst Schluss ist. Man kann nicht unaufrichtig Verfassungsrevisionsversuche machen, zumal wenn in der Frage Einigkeit aller aus Wahl hervorgehenden Abgeordneten besteht, wenn also die Möglichkeit, die Situation durch Wahlen zu ändern, ausgeschlossen ist. Eine Einigkeit hat eben die Mehrheit, daß ein Wahlsfeldzug mit der Parole der Verfassungsrevision nicht wohl ein Schlachtfeld finden kann. Hört diese Frage aber auf, ein Bindemittel für gewisse Parteien zu sein, so fehlt überhaupt der Anlaß zu eigentlichen Koalitionen, und es wird auch in diesem Falle jede Partei darauf angewiesen sein, sich möglichst selbständig umzutun, schon im Hinblick auf die von Wahl zu Wahl sich mehrenden Stichwahlen, bei denen man etwas zu bieten haben muß.

### Ein diplomatischer Zwischenfall.

In den Wiener diplomatischen Kreisen erregt die Abberufung des amerikanischen Votschafers Mr. Bellamy Storer großes Aufsehen, weil sie erfolgt ist, ohne daß Mr. Storer vorher von seiner Abberufung amtlich unterrichtet worden ist. Es ist sonst nicht üblich, daß die diplomatische Vertretung eines Landes von ihrer eigenen Regierung darüber nicht unterrichtet wird, daß ein Wechsel in der Person ihres Leiters bevorsteht oder gar bereits erfolgt ist. Auch eine offizielle Mitteilung über die Person des Nachfolgers von Mr. Storer hat die Wiener Votschaft nicht erhalten. Sonst besteht die Gepflogenheit, daß eine Regierung durch ihre diplomatische Vertretung bei der befreundeten Regierung das sogenannte Agrément, das heißt die Zustimmung bezüglich eines zu ernennenden Votschafters oder Gesandten einholt. Im vorliegenden Falle ist auch dies unterlassen worden. Durch die amerikanische Votschaft ist kein Agrément bei der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich des zukünftigen Votschafters Mr. Francis eingeholt worden.

Mr. Bellamy Storer ist seit Anfang Februar von Wien abwesend. Derzeit befindet er sich auf der Rückreise von Ägypten. Seine Gemahlin und sein Stiefsohn, Med. Dr. Nichols, begleiten ihn auf dieser Reise. Mrs. Storer hat außer diesem Sohn noch eine Tochter aus erster Ehe, und diese ist mit dem Marquis de Chabrun, Mitglied der französischen Kammer vermählt. Der Marquis pflegte seine Schwiegereltern in Wien zu besuchen und machte nie ein Geht aus seiner Abneigung gegen die gegenwärtigen Machthaber in Frankreich. Er ist ein Gegner des Kampfes der französischen Regierung gegen die Kirche. Der Verkehr mit Marquis de Chabrun soll nicht ohne Wirkung auf Mr. Storer geblieben sein. Erst im letzten Sommer war das Ehepaar de Chabrun bei Mr. und Mrs. Storer

(Mit einer Beilage.)

zu Gast. So gab es mancherlei Beziehungen zwischen dem amerikanischen Votschafterpaar und den legitimistischen Kreisen Frankreichs. Präsident Roosevelt und Mr. Bellamy Storer sind Studienkollegen und alte Freunde. Bei der Wahlkampagne Roosevelts hatte Mr. Storer, der damals schon Votschafter in Wien war, anlässlich seines Urlaubaufenthaltes in Amerika persönlich zugunsten seines alten Freundes in die Wahlagitation im Staate Massachusetts eingegriffen, doch durfte er als Votschafter keine öffentlichen Reden halten. Als Hauptgrund der plötzlichen Abberufung Mr. Storer's vom Wiener Votschafterposten gilt die hierher Propaganda seiner Frau, die die zulässigen Grenzen weit überschritten haben soll.

(Telegramm.)

\* Wien, 24. März. Der amerikanische Votschaftsträger benachrichtigte das hiesige auswärtige Amt, er habe telegraphische Mitteilung erhalten, daß vom 19. März ab jede Beziehung des bisherigen Votschafters Storer zur hiesigen Votschaft aufgehört habe. Das auswärtige Amt erwiderte, das wäre ganz gegen die Gepflogenheit und Storer müsse als Votschafter betrachtet werden, bis er oder sein Nachfolger sein Abschiedsgeluch überreicht habe.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 23. März.

Abg. Lattmann (wirtsch. Bagg.) fortfahrend: Sehr erfreulich ist die günstige Entwicklung des Teiles des Schutzgebietes Südwestafrika, wo der Aufstand niedergeworfen ist, unter dem Gouverneur Lindquist. Die in einem Teile der Presse getadelte Konfiskation des Eigentums der Empörer ist eine durchaus gerechtfertigte Strafe. Die von der Kommission abgelehnte Bahn Windhuk-Rehoboth halte ich für notwendig, ebenso den weiteren Ausbau bis zur englischen Grenze.

Kolonialdirektor Erbrin zu Hoheloh-Langenburg: Die Zeitungsnachrichten über die sogenannte Windhuker Burenverschwörung waren stark übertrieben. Es handelte sich lediglich um einen Raubversuch. Die Schuldigen erhielten längere Gefängnisstrafen. Zwei büßen sie gegenwärtig in Harburg ab. Seit Jahren interessiert sich die Kolonialverwaltung für das Genossenschaftswesen, sie steht mit dem Genossenschaftsanwalt Haas in Darmstadt in Verbindung. Die Landfrage soll durch Schaffung von Eingeborenenreferaten geregelt werden. Aus diesen können die meisten Ansiedler ihre Arbeiter ziehen. Der Gehalt, die Eingeborenen auszurotten, wäre gänzlich verfehlt. Die Eingeborenen sollen womöglich im Anschluß an die Missionsstationen angehebelt werden und zu nutzbringender Arbeit erzogen werden zum Segen für sie und das Land. Die Ansiedlungslust hat dabei erheblich zugenommen aus den Reihen der Schutztruppe. Der Gouverneur stellte bereits einen Besiedlungsplan auf. Im Zusammenhang damit soll die Wasserfrage gelöst werden. Die Bahnlinie Windhuk-Rehoboth ist wirtschaftlich hochwichtig. Der Bau dieser Bahn erschaffe ein besonders geeignetes Besiedlungsgebiet. Der Bahnbau nach Keetmanshoop ist eine dringende militärische Notwendigkeit.

Abg. Erzberger (Zentr.): Gegen den projektierten Bahnbau sprechen, zumal bei der heutigen allgemeinen Steuersehen, erhebliche finanzielle Bedenken. Südwestafrika kostete die letzten beiden Jahre 260 Millionen. Ueber die Besiedlungsfähigkeit des Landes sind die Ansichten noch sehr geteilt. Gegen die Einziehung von Eingeborenenstammland haben wir schwere Bedenken. Redner begründet die Zentrumsresolution betr. Lösung der Lieferungsverträge. Die Firma Toppelkirch, an der ein aktiver preussischer Minister beteiligt sei, erhalte durchschnittlich jährlich 8 Millionen Mark, obgleich sie durchschnittlich 30 Proz. teurer sei als andere Firmen. Das Kriegsministerium erhalte dieselben Sachen viel billiger. Die Einführung des freien Wettbewerbs sei nötig, wobei Süddeutschland zu berücksichtigen sei.

Kolonialdirektor Erbrin zu Hoheloh-Langenburg: Die Verordnung über die Einziehung von Stammland der Eingeborenen soll nicht auf das Ovamboland ausgedehnt werden. Wir wollen keinen neuen Aufstand entfachen, der schwer zu unterdrücken wäre, und wollen nicht in die Verhältnisse des Ovambolandes eingreifen. Bei der Durchführung der vorerwähnten Verordnung rechnen wir auf die Mitwirkung der Missionare, welche zwischen der Zentralstelle und den Eingeborenen vermitteln und die Eingeborenen lehren sollen. Die pessimistische Beurteilung des Schutzgebietes ist ungerecht, das Land ist durchaus zukunftreich.

Geh. Legationsrat Zeit bemerkt dem Abg. Erzberger gegenüber, die Firma Wörmann hatte tatsächlich ein gewisses Monopol für die höchst schwierigen Landungsverhältnisse. Der Vertrag mit der Firma Jordan läuft im Juni ab. Wir werden infolge des Entschens von Konkurrenzfirmen bald auf solche Verträge verzichten können. Der Vertrag mit der Firma Toppelkirch wurde feinerzeit abgeschlossen, damit wir nicht englische Fabrikate kaufen mußten. Sie fabrizierte allein einen brauchbaren Schafstoff, verlangte aber langfristige Verträge. Unter den heutigen Verhältnissen würde ein derartiger Vertrag nicht abgeschlossen werden. Man konnte auch damals die eingetretene Verschärfung der Schutztruppe nicht ahnen. Billiges Angebot verbürgt nicht immer für gute Ware. Auch übernahm Toppelkirch die ganze Lagerung und Verwaltung der Kriegs-



beständ. Gegen die Ablehnung der Forderung „für Instandhaltung der Ausrüstung“ habe ich schwere Bedenken.

Oberst v. Deimling erklärt, die Kapitälblätter irren, wenn sie glauben, ich hätte gesagt, die Engländer weigerten sich, den Deutschen im Süden der Kolonie die nötige Verpflegung zuzuführen. Ich habe mich nie so geäußert. Ich habe die Hilfe der Engländer stets dankbar begrüßt. Niemand weiß mehr als ich zu schätzen, was diese Hilfe wert ist. Ich hätte den Zug in die Karasberge nicht unternehmen können, ohne rechtzeitige Proviantlieferung seitens der englischen Firmen. Auch die Kapregierung sprang stets ein und sorgte dafür, daß die Verpflegung unserer Truppen nicht ins Stocken geriet. Wir sind ihr zu großem Danke verpflichtet. Ich beklage nur, daß das Maß der englischen Verpflegung uns nicht eine Luftspiegelung, eine genügend große Reserve erlaubt, die uns ermöglicht hätte, die Operationen gegen Morenga mit der Energie und dem Erfolge zu beenden, wie es nötig wäre.

Abg. Rebel (Soz.): Der Abschluß des Vertrages mit der Firma Tippelskirch war ursprünglich berechtigt, aber unerhört ist es, daß er bereits vor Ablauf auf weitere zehn Jahre erneuert wurde. Beachtenswert ist es, daß Minister v. Bobbielski auf seine Teilnahmehaft an diesem Profit bringenden Geschäft nicht verzichtet hat. Wenigstens hat er nicht, wie Herr Dr. Stübel, die Beschuldiger verklagt. Die Ehre der Firma Tippelskirch sollte verlangen, daß sie selbst den Vertrag aufhebt. Mit den in die Kolonien gesteckten Millionen könnten ungeheure Landstriche in Deutschland urbar gemacht werden. Ich stimme dem Grafen Caprivi bei, der da wünschte, daß wir möglichst bald aus Afrika herauskommen. Von der Politik des Gouverneurs v. Lindequist habe ich nach seiner Standrede an die gefangenen Herero keine hohe Meinung.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Die Firma Tippelskirch hat das große Verdienst, unseren Kolonialbedarf von der englischen Industrie emanzipiert zu haben. Meine Ansicht beruht auf dem Grundsatz, daß das Reich an die Verträge gebunden ist wie ein Privatmann. Die Vorwürfe gegen den Minister v. Bobbielski wurden bereits in der Kommission als unbegründet zurückgewiesen.

Erbrinz zu Hohenlohe-Langenburg: Von einer Beeinflussung der Kolonialverwaltung dadurch, daß Minister v. Bobbielski bei der Firma Tippelskirch beteiligt sei, kann nicht im entferntesten die Rede sein. Ob ein Minister in irgend einer Weise an einer Firma beteiligt ist, kommt für die Kolonialverwaltung und ihre Beamten in keiner Weise in Betracht, ebenso wenig kann es bei dem betreffenden Minister irgend wie jemals in Frage kommen, seine Stellung dazu auszunutzen, daß er Verträge in dieser oder jener Weise durch seine Teilnahme beeinflussen wird.

Abg. Schrader (Wirtsch. Vgg.): In den Kolonien muß man Kulturpolitik treiben und dazu gehört in erster Linie der Bau von Eisenbahnen.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

Berlin, 24. März.

Präsident Graf Balloer eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die Etatberatung wird bei Titel Südwestafrika fortgesetzt.

Abg. Storz (D. Vpt.) erklärt, er sei nicht so pessimistisch gestimmt wie viele Mitglieder dieses Hauses. Die Kolonien bergen sehr bedeutende Mineralerschätze. Notwendig seien die Lösung der Frage der Wasserversorgung und geordnete Rechtsverhältnisse für die Eingeborenen, deren Sympathien für Deutschland unter den jetzigen Verhältnissen leiden.

Abg. Erzberger (Zentr.) wünscht genaue Erforschung der Rechtsverhältnisse der Eingeborenen. Redner tritt dem Vorwurf Rebels entgegen und bezeichnet die vom Bundesratstische erteilte Antwort auf seine Kritik an den Monopolverträgen als ungemein unbefriedigend. Der Verdienst der Firma Tippelskirch wird unterschätzt. Ohne sie hätten wir bei Ausbruch des Aufstandes die Truppen gar nicht ausrüsten können. Bezüglich des Transportvertrages mit der Woermannlinie werden wir Ende 1906 freie Hand bekommen. Es wird darauf ankommen, ob günstige Angebote einlaufen.

Abg. Kopsch (Vpt.) zollt den Truppen für ihre treue Haltung Anerkennung und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß vom Unterstützungsfonds auch ein Hauptmann Remunerationen erhielt.

Oberst Dohneberg weiß hieron nichts, nur einzelne Mannschaften und Unteroffiziere hätten kleinere Remunerationen erhalten.

Berlin, 23. März. Die Steuerkommission des Reichstages beschloß entsprechend dem Antrag Gerold (Zentr.), bei Frachturkunden die Schiffsgefäße bis zu 250 Tonnen stempelfrei zu lassen. Bei der Beratung des Antrages Raden (Zentr.), nach dem Aufstellungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften m. b. H. über die Höhe der gesamten Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder mit 10 Proz. der Gesamtsumme bewertet werden sollen, drückte Hr. v. Stengel seine Sympathie zu der Idee des Antrages aus, doch solle die Steuer nur erhoben werden, wenn die Gesamtsumme 5000 M. übersteigt. Bei der Abstimmung wird beschlossen, die Tagesgelder, soweit sie 50 M. täglich nicht übersteigen, sowie die Reisegelder, soweit sie bare Auslagen betreffen, steuerfrei zu lassen. Sodann wird gemäß dem Antrag Gerold, mit dem sich Raden einverstanden erklärt, der Steuerfuß von 10 Proz. auf 8 Proz. herabgesetzt. Ein Antrag Wieland, statt 5000 M. 10 000 M. zu setzen, wird abgelehnt. Ein Antrag Am Jahnhoff, nach dem die Abgabe nur insoweit erhoben werden soll, als sie aus der Hälfte des 5000 M. übersteigenden Betrages gedeckt werden kann, damit nicht unter Umständen Aufsichtsratsmitglieder, die mehr als 5000 M. erhalten, sich schlechter sehen als solche, die weniger beziehen, wird angenommen. Bei der Gesamtabstimmung wird der abgeänderte Antrag Raden mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und die Freisinnigen.

### Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

Algeras, 24. März. Eine Plenarsitzung hat auch heute noch nicht stattfinden können. Die Verzögerung hat wiederum ihren Grund in der noch nicht überwundenen Schwierigkeit, die Vermitt-

lungsvorschläge nach beiden Seiten annehmbar zu formulieren. Es besteht die Hoffnung, aber nicht die Sicherheit, am Montag im Plenum verhandeln zu können. Die spanischen Delegierten benötigen die Zwischenzeit, um ihren König in Cadix zu begrüßen. Die Redaktionskommission hat die umstrittenen Fragen auch noch nicht erörtern können. Sie fährt lediglich fort, die Fassung derjenigen Abschnitte festzustellen, in denen Meinungsverschiedenheiten nicht mehr bestehen. In der Bankfrage bestehen die deutschen Delegierten nach wie vor auf der Ablehnung der französischen Ansprüche auf vier Anteile an dem Bankkapital.

Madrid, 24. März. Se. Maj. der König ist gestern in Begleitung des Kriegsministers und des Ministers des Innern nach Cadix abgereist.

Algeras, 24. März. Heute begibt sich der Herzog von Almodovar nach Cadix. Die nächste Konferenzsitzung soll Montag vormittag sein. Inzwischen hält die Redaktionskommission ihre Beratungen ab.

Berlin, 24. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wenn der „Tempo“ noch einmal auf seine Veröffentlichung des Zirkularschreibens des Grafen Cambsdorff zurückkommen wollte, so wäre es das Nächstliegende gewesen, sich wegen der Entstellung zu entschuldigen, die er an dem Schreiben vorgenommen hat. Statt dessen beruft er sich in der heutigen Nummer darauf, daß man in Deutschland durch diplomatische Zirkulare eine Legende von der Isolierung Frankreichs in Umlauf gesetzt habe. Das ist eine neue Unwahrheit.

Bern, 24. März. Von diplomatischer Seite wurden die einzelnen Bundesräte sondiert, ob die Schweiz sich an der Organisation der internationalen Polizei in Marokko beteiligen wolle, indem der Generalinspekteur der Gendarmerie dem schweizerischen Offizierkorps entnommen werde. Es wurde geantwortet, die Schweiz werde die Frage prüfen, falls die Mächte einen diesbezüglichen Plan haben.

### Die Annahme des französischen Marinebudgets.

(Telegramme.)

Paris, 23. März. Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Finanzgesetzes spricht Vouhey-Allex über das Flottenprogramm und fragt, ob man bedacht habe, welche Folgen die Vermehrung der französischen Seestreitkräfte haben werde. Generalberichterstatter Pierre Baudin erklärt, es sei jetzt nicht der Augenblick, über diese Frage eine Erörterung anzustellen. Vouhey-Allex fährt trotz des Widerspruchs des Hauses in seinen Ausführungen fort und sagt: Ein Dauch des Wahnsinns geht durch die Kammer. Wenn wir Defizite haben, so haben wir sie, weil wir ungezählte Millionen in den Schlund des Kriegs- und Marinebudgets werfen. Marine-Minister Thomson erklärt darauf, er wolle nicht von neuem in eine Diskussion über das Flottenprogramm eintreten, er müsse aber wiederholen, daß eine Vermehrung der Seestreitkräfte absolut notwendig sei. Der oberste Marineat habe besonders anerkannt, daß die deutsche Flotte mehr große Panzerschiffe habe als die französische. Von den Mächten werde die Zahl der Geschwader vermindert und besonders deren Displacement vergrößert. Der Minister betont nochmals die Vermehrung der deutschen Flotte und sagt, das von der Kammer Geforderte sei das Mindestmaß des zu Fordern. Will die Kammer, so fragt Redner, auf Frankreichs Nachstellung zur See verzichten? Ist man sicher, daß die Verteidigung des Landes gesichert wäre, wenn man die Herrschaft auf dem Meere einer rivalisierenden Macht überlassen werde? Wir geben für unsere Flotte 135 Millionen, Deutschland aber gibt für die seinige 180 Millionen aus. Unser Land kann ein Förderer des Friedens nur sein, wenn seine Grenzen gesichert sind. Improvisationen zu einer kritischen Stunde können teuer zu stehen kommen und entsprechen nicht dem dem Lande gebrauchten Opfer. (Weisfall auf vielen Vänten.) Hierauf wird der Rest des Gesetzes und dann mit 464 gegen 45 Stimmen das Budget im ganzen angenommen. Das Haus vertagt sich dann bis zum 3. April.

Paris, 24. März. Der Ministerrat beschloß die Parlamentswahlen auf den 6. Mai festzusetzen.

### Die Durchführung des Trennungsgesetzes.

(Telegramme.)

Paris, 24. März. Der frühere Ministerpräsident Combes hielt gestern abend auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Festessen eine Rede, in der er ausführte: Wenn man unter seinem Ministerium nicht zunächst an die Frage der sozialen Reformen herantreten sei, so sei das deshalb nicht geschehen, weil erst der Klerikalismus hätte besiegt und die religiöse Gewalt aus dem bürgerlichen Leben hätte ausgeschaltet werden müssen. Bezüglich des Trennungsgesetzes führte Combes aus, er glaube, daß dieses Gesetz noch zu Zwischenfällen Anlaß geben werde. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche werde die Grundlage sein, auf der die nächsten Parlamentswahlen sich vollziehen werden. Auf dieser Grundlage werde von den vereinigten Parteien der Rechten ein Block gebildet werden. Die Republikaner müßten also einen Block gegen die Reaktion bilden. Combes trank schließlich auf eine größere Majorität, vergrößert aber nach links hin durch die neuen Rekruten, die das allgemeine Stimmrecht ihr bringen werde.

Paris, 24. März. An dem Bankett zu Ehren Combes hatte Brisson den Vorsitz. Die Minister Briand und Thomson, sowie 350 Senatoren und Deputierte nahmen daran teil. Die Genannten und auch andere brachten begeisterte Trinksprüche auf Combes als den Vater des Trennungsgesetzes aus. Auch wurde ihm im Namen des Blocks eine Denkmünze mit seinem Porträt überreicht. Er dankte und sagte, daß diese Kundgebung die Krönung seines Werkes sei, und ermahnte die

republikanische Linke, vereint gegen die republikanische Rechte in den Wahlkampf zu ziehen. Diese Einigkeit sei die Grundlage des Sieges.

Paris, 24. März. Ein Rittmeister des 23. Dragonerregiments in Dinon richtete an den Kriegsminister sein Entlassungsgesuch, damit er nicht genötigt sei, bei „den Einbrüchen in die Kirchen“ mitzuwirken.

Clermont-Ferrand, 24. März. Der Finanzminister Chaibanat, welcher die Inventaraufnahme in der auch wegen ihrer Kunstschätze berühmten Wallfahrtskirche von Orzival durchführen wollte, wurde von den mit Hengabeln bewaffneten Bauern und Bäuerinnen in die Flucht geschlagen. In gleicher Weise erging es ihm, als er in der Kirche von St. Bonnet das Inventar aufnehmen wollte. Truppen waren nicht aufgebieten, da es sonst sicher zum Blutvergießen gekommen wäre.

### Der Ausstand im französischen Kohlenbecken.

(Telegramme.)

Paris, 24. März. Aus Lens wird berichtet, daß die ausländischen Bergarbeiter eintütigt seien und die Arbeit vorläufiglich im Laufe der nächsten Woche wieder aufnehmen würden. Die Zahl der Ausständigen ist gestern auf 44 000 herabgegangen.

Lens, 24. März. In seinem Schreiben an den Deputierten Basly, den Präsidenten des alten Syndikats, führt der Direktor der Gruben in Lens im Namen sämtlicher Grubenbesitzer aus: Man machte alle möglichen Zugeständnisse. Eine neue Zusammenkunft mit den Abgeordneten der Arbeiter würde unnütz sein und würde im übrigen Hoffnungen erwecken, die zu erfüllen unmöglich wäre. Der Brief schließt, indem er die Hoffnung ausdrückt, daß die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit nicht aufschieben werden, was nur dem Auslande zugute käme, und den Gesellschaften Verluste brächte, die ihnen nicht gestatten, die bedingungsweise zugestandenen Vorteile aufrecht zu erhalten. Das Schreiben wird am Sonntag dem Arbeiterkongreß mitgeteilt werden. — Die anlässlich der Kundgebung vor dem Stadthaus am Dienstag vormittag Verhafteten erschienen heute morgen vor dem Zuchtpolizeigericht. Das Urteil lautete gegen Rouichoux auf zwei Monate und die drei anderen Angeklagten auf acht, bzw. 10 und zwanzig Tage Gefängnis.

Wien, 24. März. Der Wiener Gemeinderat bewilligte heute 10 000 Kronen für die Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks von Courrières. Unter stürmlichem Beifall wurde die von den deutschen Bergleuten geleistete Hilfe als Alt reinster und schönster Nächstenliebe gepriesen und den durstlos deutschen Arbeitern vollste Bewunderung ausgedrückt.

### Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

St. Petersburg, 24. März. Die „Handels- und Industriezeitung“ veröffentlicht im Auszug den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes, aus dem hervorgeht, daß diese Steuer nicht bestimmt ist, die bestehende direkte Steuer zu ersetzen, sondern daß sie einfach eine Ergänzung dazu bilden soll. Befreit sind von ihr die kleinen Einkommen unter 900 Rubel. Der Steuerfuß erhöht sich progressiv von 0,7 bis zu 5 Proz. des Einkommens. Als Grundlage des Besteuerungssystems ist der Grundfuß der Selbsteinschätzung gewählt worden. Nach ungefähre Schätzung dürfte die Steuer dem Staat bis zu 43 Millionen Rubel einbringen.

St. Petersburg, 24. März. Der aktive Dienst der Unteroffiziere der Marine wurde auf 5 Jahre festgesetzt. — Der fertiggestellte Einkommensteuergesetzentwurf zieht die in Rußland lebenden Ausländer zur Entrichtung der Steuern heran. Die Sätze entsprechen etwa den Steuern für die Inländer. — Vor dem Militärgericht wurde gestern der Prozeß wegen des Ueberalles auf die Staatskasse auf dem Sabalkanski-Prospekt am 13. Februar verhandelt. Das nachts gefällte Urteil lautet gegen einen Angeklagten auf 20 Jahre Zwangsarbeit, gegen die 5 übrigen auf Tod durch den Strang. Für 3 davon, die geständig sind, wird Milderung der Strafe nachgesucht. Die Angeklagten sind Bauern. Mehrere Mithuldige sind noch nicht ermittelt.

Lodz, 24. März. Infolge andauernder Ausstände und wegen der Richterfüllbarkeit der Forderungen der Arbeiter entließen die Verwaltungen der größten Fabrikationsgesellschaften der Stadt, Scheibler und Bogansky, sämtliche Arbeiter, im ganzen 16 000. Die Fabriken sind geschlossen.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 24. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag von 11 Uhr an den Vortrag des Generals der Artillerie Generaladjutanten von Müller entgegen und darnach die Meldung des Majors Mittelstaedt beim Stabe des Infanterieregiments Freiherr Hiller von Gaertringen (4. Rosenfelden) Nr. 59, bisher im 2. Badischen Grenadierregiment Kaiser Wilhelm I Nr. 110, und des Oberleutnants Freiherrn von Preußchen von und zu Liebenstein von letzterem Regiment.

Zur Frühstücksstafel der höchsten Herrschaften erschienen Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Karl mit Gemahlin Gräfin Rhena.

Im Laufe des Abends hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyh.

(Der Theater- und Konzertsaalbau.) Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 22. März die Zustimmung dazu beantragt: 1. daß mit den Herren Architekten Curjel u. Moser hier ein Vertrag abgeschlossen werde, durch welchen dieser Firma die Ausarbeitung detaillierter Pläne und Kostenaufschläge für den geplanten Theater- und Konzertsaalbau, für das projektierte



Maschinengebäude und für die Ausgestaltung des diese Gebäude umgebenden Platzes übertragen wird; 2. daß die aus dem Vertrag erwachsenden Kosten von zusammen 38 000 Mark aus Anlehensmitteln bestritten werden.

**(Vorrückung der Sommerferien.)** Auf Anregung der Schulkommission und des Volksschulrektors beantragt die städtische Schulkommission, zu bewirken, daß der Beginn der Sommerferien, die jetzt nach der für die Mittelschulen bestehenden Vorchrift hier auch an den Volksschulen anfangs August beginnen, in sämtlichen Schulen auf Mitte Juli vorgerückt werden sollen. Als Gründe dafür werden angeführt, einmal, daß die Zeit von Mitte Juli bis Mitte August die heißeste des Jahres ist, und sodann, daß am 15. Juli die Gerichtsferien beginnen und infolge dessen zahlreiche Familien um Verurlaubung ihrer Kinder aus der Schule auf diesen Zeitpunkt nachsuchen. Der Stadtrat beabsichtigt, dieser Anregung stattzugeben und einen entsprechenden Antrag an den Großh. Oberbürgermeister zu richten, nimmt aber zunächst mit den übrigen Städten der Stadtordnung darüber Verhandlungen auf, ob sie geneigt sind, dem Antrage auch ihrerseits beizutreten.

**(Schulnachrichten.)** Auf Antrag des Volksschulrektors hat die städtische Schulkommission, vorbehaltlich der Zustimmung des Oberbürgermeisters, beschlossen, die im Jahre 1892 an der hiesigen Volksschule eingeführte Zeitschrift vom Beginn des Schuljahres 1906/07 an durch die in den übrigen Schulen eingeführte badische Normalschrift (heißt Schrägschrift) zu ersetzen. Der Stadtrat ist hiermit einverstanden. — Herr Hauptlehrer A. Ott an der Fortbildungsschule hat eine größere Anzahl der ihm in seiner Eigenschaft als Schriftleiter der Zeitschrift „Die Badische Fortbildungsschule“ zugekommenen Bücher als Grundstoff für eine Schülerbibliothek genannter Art überreicht. Der Stadtrat nimmt diese Zuwendung mit verbindlichem Danke an und beschließt, die für die Unterhaltung einer Schülerbibliothek an der Fortbildungsschule erforderlichen Mittel in den nächstjährigen Gemeindevoranschlag aufzunehmen. — Dem Oberlehrer der Realozissschule, Herrn Konrad Schäfer, der am 26. d. M. sein 50jähriges Dienstjubiläum feiert und demnach 35 Jahre im Schuldienst der Stadt Karlsruhe zugebracht haben wird, soll aus diesem Anlaß in Anerkennung seiner erprießlichen Wirksamkeit ein Ehrengeld von 300 M. überreicht werden.

**(„Koff-Strasse“.)** Die zwischen Kappels- und Vorholzstraße parallel und östlich der Brauerstraße projektierte neue Straße erhält zum Andenken an den im Jahre 1903 verstorbenen Staatsminister und Ehrenbürger der Stadt, Dr. Wilhelm Koff, den Namen „Koff-Strasse“.

**(Der städtische Fischmarkt)** soll Dienstags wegen geringer Frequenz nicht mehr stattfinden, dagegen Donnerstags und Freitags auch fernerhin abgehalten werden.

**(Deutscher Verein für Volkshygiene und Gesellschaft zur Bekämpfung des Kruphschutums — Ortsgruppe Karlsruhe.)** Der nächste Vortrag findet am Donnerstag den 29. März d. J. abends halb 9 Uhr, im großen Rathhauseaal statt. Herr Hofrat Dr. Wendler, Karlsruhe wird über: „Schmutz und Keimlichkeit“ (Infektion und Desinfektion) sprechen. — Mit diesem Abend ist die von obigen Vereinen veranstaltete Vortragsreihe beendet.

**(Der Karlsruher Männerturnverein)** begeht am 5. und 6. Mai sein 25. Stiftungsfest und trifft eifrige Vorbereitungen zur Feier dieses Jubiläums. Am 5. Mai findet im großen Festhallsaal ein Schauturnen statt, an dem sich alle Abteilungen des Vereins, auch die Damenreigen, beteiligen. Die turnerischen Darbietungen werden durch gesungene und musikalische Stücke unterbrochen. Dem Schauturnen schließt sich ein Festbankett im kleinen Festhallsaal an; am 6. Mai folgen ein Festakt im Rathhauseaal, ein Festessen im Stadtpark und ein Familienabend. Am 13. Mai schließt das Fest mit einer Turnfahrt ab.

**(„Euch Arden“.)** Kennhofs ergreifende Dichtung „Euch Arden“ hatte sich Hl. Paula Walter zum Vortrag gewählt, für ihren am Donnerstag im Saal des Großh. Konservatoriums zum Festen des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims veranstalteten, sehr gut besuchten Rezitationsabend. Unterleitet durch ein wohlklingendes Organ und eine außerordentlich sympathische, warmbelebte und ausdrucksvolle Vortragsweise gelang es Hl. Walter, alle Schönheiten des Gedichts in ihrem tiefgründigen Sinngehalt nahezu legen, und so dem Werte einen vollkommenen Gesamteindruck zu sichern. Richard Strauß' geniale Gestaltungskraft hatte den Vorgängen der Dichtung eine wirksame musikalische Ausdeutung beigegeben, welche Hl. Amelie Klose in feiner empfindender Wiedergabe am Flügel übermittelte.

**(Baden, 23. März.)** Auf einem gemeinsamen Vortragsabend des hiesigen Schwarzwaldbereins und Deutschen u. Oesterreichischen Alpenvereins gab Herr Paul Reich aus Lichtenhal einen interessanten Bericht über seine Reise mit dem Rad durch das Land der Kabylen zur Wüste Sahara, wobei er Land und Leute, sowie deren Sitten und Gebräuche schilderte. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil. — Das hiesige Großh. Inhalatorium wurde am 20. März wieder in Betrieb genommen und das Kaiserin Auguste-Bad wird am 2. April eröffnet. Von letzterem Tage ab steht das Großh. Friedrichsbad wieder ausschließlich den Herren zur Verfügung.

#### Karlsruher Kunstverein.

Eine vielversprechende Begabung kündigt sich in den Arbeiten des jungen Karlsruher Künstlers Hans Reid an. Die bewußte künstlerische Auffassung, mit der die Natur hier auf ihre malerischen Werte gefaßt ist, die weiche und bei aller Tiefe satte und reiche Wirkung des Tons, der feine Geschmack der farbigen Komposition zeigt, wie entschieden dieses Talent nach dem malerisch-koloristischen hinneigt. Am ausgereiftesten offenbart sich das in dem großen Stillleben und dem Herrensport. In dem mittleren Damenbildnis stört noch die Unvollkommenheit der Formbehandlung am meisten den Gesamteindruck. Als ein entscheidender Vertreter der pointillistischen Richtung erscheint der bekannte Berliner Maler Curt Hermann in seiner Stilllebenkollektion. Eine frische farbige Wirkung, die allerdings nach ans Süße streift, hat er in dieser Technik erreicht — freilich bekommt man auch vor diesen Arbeiten nicht den überzeugenden Eindruck, daß diese Art, die Natur zu sehen und wiederzugeben, mehr ist, als eine, nicht aus einer zwingenden sachlichen Notwendigkeit, sondern aus doktrinären Theorien fließende Manier. Ein großes Exptichon von Hans von Boltmann, „Am Land der grünen Hügel“, gibt ein Stück deutscher Landschaft in poetisch erzählender, mit feingliedriger Detail schildernder Art wieder.

Unter den Landschaften von Liesegang ist am interessantesten eine kleine impressionistische Landschaft (Herbstlandschaft); auch von Segesser ist die landschaftliche Studie in ihrem feinen, auf Grau gestimmten Ton am ansprechendsten. Von den beiden Hoferschen Arbeiten verdient das „Mädchen am Fenster“ als abgerundete formale Komposition den Vorzug vor dem in der Form etwas auseinandergefallenen „Morgen“. Von hervorragendem Interesse ist die große Ausstellung von englischen Radierungen. Die hohe Blüte, welche diese Gattung vertiefte Kunst in England erreicht hat, verdammt sie nicht zum wenigsten der Wertschätzung, die sie dort

als Gegenstand einer künstlerischen Kultur des Innenraums genießt. Der gediegene Geschmack des Engländers hat die Radierung als Wandbild immer der bei uns üblichen fabrikmäßigen Reproduktionsweise vorgezogen. Unter den besten der ausstellten Kunstwerke tritt denn auch die bildmäßige Wirkung der in hellen und dunklen Tonmassen aufbauenden Komposition in den Blättern von Brangwyn besonders bedeutungsvoll in den Vordergrund: rauchende Dampfer im Hafen, Schiffe im Bau u. dgl. Eine gleiche monumentale Größe erreichen auf figurlichem Gebiet Charles Holroyd (Nr. 177 usw.), und William Strang (Zuankantion des Krishna Mulbaney u. a.). Eine wesentliche andere Tendenz verfolgen die hiesigen, düstigen, mit feiner Nadel hingehaltenen Landschaften von Penell u. a., die vielfach an Whiffers landschaftliche Radierungen erinnern. Mit den Engländern tritt auch der Franzose Le Gros auf, dessen „Totentanz“ an packender Dramatik in der Bewegung der Linie und an Fülle der Gedanken zu dem Eigenartigsten gehört, was die moderne Griffform geschaffen hat. K. W.

#### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 24. März.** Seine Majestät der Kaiser nahm gestern abend an dem Diner beim Reichstagspräsidenten Grafen Vallasstrem teil.

**Berlin, 24. März.** Heute mittag 12 Uhr empfing Seine Majestät der Kaiser die chinesische außerordentliche Mission in Gegenwart der Prinzen des königlichen Hauses und des Reichskanzlers. Um 1 Uhr fand zu Ehren der Mission Frühstückstafel statt, an der außer dem Kaiserpaar, die Prinzen und der Reichskanzler, Staatssekretär v. Tschirschny-Bogendorff, der chinesische Gesandte und der Hofstaat teilnahmen.

**Berlin, 23. März.** Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Wahlreformvorlagen hat sich heute konstituiert. Vorsitzender ist Bruett (freikons.), sein Stellvertreter Frhr. v. Erffa (kons.) und Berichterstatter v. Kessel (kons.). Die übrigen Kommissionsmitglieder sind die Konservativen v. Eisenhart-Roth, Jzmer, v. Pappenheim, Sielemann und Windler, die Freikonserverativen Mend und Reiboldt, die Nationalliberalen v. Campa, Friedberg, Krause und Schwiobing; von der Freisinnigen Vereinigung Broemel, von der Freisinnigen Volkspartei Fischbeck, und vom Zentrum Hager, Kirck, Ostrop, Porck und Schmidt-Marburg.

**München, 24. März.** Zum Feldzeugmeister der neuerrichteten Feldzeugmeisterei wurde der Gouverneur der Festung Ingolstadt, Generalleutnant Stred, ernannt.

**Wien, 23. März.** Abgeordnetenhauses. Beim Abschluß der ersten Lesung der Wahlreformvorlagen bekämpft Graf Stuerzlg die Vorlage, welche eine dauernde Unterjochung der Deutschen unter die slavisch-radikale Majorität bedeuten, und betont, daß die von der Regierung hervorgehobenen Grundzüge der Gerechtigkeit und Billigkeit in der Vorlage nicht zu finden seien. Das Haus beschließt mit überwiegender Majorität, die beiden Wahlreformvorlagen, sowie das Gesetz betreffend den Schutz der Wahlfreiheit an einen Wahlreformausschuß von 49 Mitgliedern, das Gesetz betreffend die Immunität an den Verfassungsausschuß, sowie das Gesetz über die Reform der Geschäftsordnung an den Geschäftsordnungsausschuß zu verweisen. — Das Haus verhandelt hierauf das Scheckgesetz. Der vom Herrenhaus abgelehnte Scheckgesetzentwurf wurde nach unerheblicher Debatte in allen Lesungen angenommen. Darauf begann das Haus die Beratung der Regierungsvorlage betreffend Erhöhung der Ruhegehälter von Zivilbeamten. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

**Lecco, 24. März.** In Sorano kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Militär. 500 Ausständige verletzten eine Anzahl Arbeitswilliger der Delmühle an der Arbeit zu hindern und warfen mit Steinen auf Gendarmen und Soldaten, die für die Arbeitswilligen eintraten. Zwei Soldaten wurden verletzt. Die Truppen gaben darauf ohne Befehl Feuer, wobei ein Landmann getötet, ein anderer verwundet wurde.

**Konstantinopel, 24. März.** Der Präsekt von Konstantinopel, Nadwar Pascha, wurde gestern in einer Vorstadt von 21 Personen getötet.

**Konstantinopel, 24. März.** Hilmi Pascha meldet, daß zwei bulgarische Banden im Vilajet Monastir niedergemacht worden seien.

**Sofia, 24. März.** Von den bestellten 81 Schnellfeuerbatterien sind bis jetzt 9 eingetroffen. Schneider-Creuzot lieferte aber bloß 4 Batterien mit dazu gehöriger Beschirmung und erklärte, wegen Arbeitsüberbürdung könne die Vorschirmung nicht sofort geliefert werden. Die bulgarische Kriegsverwaltung fordert die Zahlung der vertragsmäßigen Konventionstrafe, daß Ministerium will jedoch den Ausgleich auf gutlichem Wege herbeiführen.

**Dar-es-Salaam, 24. März.** Bezirksamtmann von Nade meldet aus Kilwa, daß der Hauptanführer Ameri Udegere mit vielen Auffständischen in Rufoliro dem Unteroffizier Kessler sich freiwillig gestellt habe.

#### Verchiedenes.

**Berlin, 23. März.** Eine Realschulnastalt für Mädchen wird mit Genehmigung des Kultusministers zu Ostern 1906 von der Stadt Berlin eröffnet. Die Schule wird aus sechs Klassen bestehen.

**Berlin, 24. März.** Der Schriftsteller und Dichter Eduard Grisebach ist in Charlottenburg infolge Herzschlags gestorben.

**Berlin, 24. März.** Gestern mittag gab im Rathaus zu Wilmersdorf der im dortigen statistischen Amt beschäftigte Kolontar Hoefling auf den Bureauhilfen Ramon beim Spielen mit einem Revolver aus Unfug einen Schuß ab, und traf ihn in die Schulter. Die Verwundung ist lebensgefährlich. Aus Verzweiflung über seine Tat tötete sich Hoefling durch einen Schuß in die Schläfe.

**Essen, 24. März.** Im benachbarten Buer drangen 3 Handwerksburichen in den Laden des Händlers Küpper und verlangten Geld. Als dieser es verweigerte, schossen sie auf ihn und verletzten ihn tödlich. Die Täter entlassen.

**Passau, 23. März.** Auf der Eisenbahnlinie Passau — Boding ist heute zwischen den Stationen Reufirchen und Fürsteneck ein Zug aus unbekannter Ursache entgleist. Nach

der „Donau-Itz.“ wurden bei dem Unglück mehrere Personen verletzt, darunter der Zugführer schwer.

**Passau, 24. März.** Unter den bei dem gestrigen Eisenbahnunglück Verletzten befindet sich auch der Reichstagsabgeordnete Rittermeyer. Im ganzen wurden zwei Personen getötet und fünf verwundet.

**Kertich, 23. März.** Im Dorfe Tschinghilet im Distrikt Feodosija, etwa 30 Kilometer von Kertich, ist eine mächtige Naphtaqueille erbohrt worden.

**Kap Bone, 24. März.** Die Vergnügungsjacht des ungarischen Grafen Szapary, „Gisana“, scheiterte verfloßene Nacht bei Sidi Dand an der tunesischen Küste. Der Graf, seine Mutter und 21 Personen sind gerettet worden, acht Personen, darunter der Kapitän, befinden sich noch an Bord.

**Sungatona, 24. März.** Eine Piratenbande bemächtigte sich am Donnerstag bei Canton der Barkasse der Standard Oil Company und plünderte sie völlig aus. Es fielen ihr vier Winchesterbüchsen und eine größere Menge Munition in die Hände. Das amerikanische Kanonenboot „Callao“ geht nach der Gegend des Ueberfalls.

#### Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro.

vom 24. März 1906.  
Hoher Druck lagert wie am Vortag über dem Atlantischen Ozean nordwestlich von den britischen Inseln; eine Depression bedeckt noch das westliche Mittelmeer, doch hat sich von ihr ein Teilminimum abgetrennt und ist, begleitet von ausgedehnten u. ergiebigen Schneefällen, bis zur Mark Brandenburg gezogen. Am Morgen fiel noch in der westlichen Hälfte Mitteleuropas bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt Schnee, in der östlichen herrschte Tauwetter; im Südosten war es sehr warm (Belgrad 11 Grad, Hermannstadt 15 Grad). Etwas wärmeres Wetter mit weiteren Niederschlägen ist zu erwarten.

#### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 24. März, früh.  
Lugano Regen 2 Grad; Biarritz Schnee 3 Grad; Nizza bedeckt 2 Grad; Triest heiter 8 Grad; Florenz bedeckt 3 Grad; Rom Regen 7 Grad; Cagliari bedeckt 8 Grad; Brindisi bedeckt 14 Grad.

#### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Windst. in mm	Rel. Feuchtigk. in %	Wind	Himmel
23. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	737.5	-1.7	4.0	100	SW	bedeckt
24. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	737.8	-1.5	4.1	100	SW	1
24. Mittags 3 <sup>00</sup> U.	738.3	+1.3	3.9	78	SW	1

**Höchste Temperatur am 23. März:** +1.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.6.  
**Niederschlagsmenge des 23. März:** 8.5 mm.  
**Schneehöhe:** 11.0 cm.

**Wasserstand des Rheins am 24. März, früh:** Schusterinsel 2.07 m, gefallen 8 cm; Kehl 2.39 m, gefallen 6 cm; Maxau 4.26 m, gefallen 9 cm; Mannheim 4.10 m, gefallen 14 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.  
Druck und Verlag:  
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



Das ist ein Paket „Kathreiner“!  
Sehen Sie sich's genau an, damit Sie beim Einkauf auch wirklich den echten Kathreiners Kneipp-Malz-Kaffee erhalten!

En gros. **Julius Strauss, Karlsruhe.** En détail. num. Kaiserstrasse 189 zwisch. Herren- u. Waldstr. Bedeutendes Spezialgeschäft in Besatzartikeln, aller Arten Besatzstoffen, Passamentieren, Spitzen, Andysen, Weißwaren, Handschuhen, Kravatten, Fächern. Ständiger Eingang von Neuheiten.



**Himmelheber & Vier**, grösstes **Spezial-Wäsche-Ausstattungs-geschäft**, liefern **komplette Braut- u. Baby-Ausstattungen**  
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 171 eigene Wäschefabrik mit Wasch- und Bügelanstalt in jeder Preislage

**Alpirsbach Sanatorium Dr. Würz**  
 für Nerven - innere Krankheiten  
 Erholungsbedürftige. Prosp. Das ganze Jahr offen.  
 bei Freudenstadt (Schwarzwald)

**Konfirmations-Geschenke** Reiche Auswahl eingerahmter Bilder in allen Preislagen  
**E. Büchle** Kunsthandlung u. Rahmenfabrik  
 149 Kaiserstrasse 149

**Berein für Volkshygiene**  
 und Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums  
 (Ortsgruppen Karlsruhe).  
 Donnerstag den 29. März 1906, abends 8 1/2 Uhr,  
 im großen Rathssaale  
**Vortrag**  
 des Herrn Hofrat Dr. Bendiger-Karlsruhe,  
 über: „Schmutz und Reinlichkeit“  
 (Infektion und Desinfektion).  
 Eintritt frei für jedermann. Auch die Damen sind freundlichst eingeladen.

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe.**  
**Die Verhältnisse der Industriearbeiter**  
 in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe  
 Dargestellt von dem Grossh. Fabrikinspektor **Dr. Fuchs**  
 Bericht  
 erstattet an das Grossh. Ministerium des Innern und  
 herausgegeben von der  
 Grossherzoglich Badischen Fabrikinspektion  
 Preis 2,50 Mark.

Dies in grössten Umrissen der wesentlichste Inhalt der Fuchsschen Untersuchungen, die für den Sozialpolitiker wie nicht minder für den Hygieniker und Arzt von hervorragendem Interesse sind. Hängt doch eine Besserung unseres wirtschaftlichen Lebens und der von diesem bedrohten Volksklassen in erster Reihe von der Erfüllung sozialhygienischer Massnahmen ab, deren Wirken und Wesen in vollem Einklang stehen müssen mit den ungesund erkannten, gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen. In diese uns einen weiten Einblick eröffnet zu haben, ist das Verdienst von Fuchs, der mit offenem Blick und warmen Herzen die Untersuchung vollführt hat.  
 Julian Morouse-Mannheim im „Archiv f. soziale Medizin u. Hygiene“  
**Zu beziehen durch jede Buchhandlung**

**Otto Fischer**  
 Grossh. Hoflieferant  
 (vorm. J. Stüber), Karlsruhe,  
 Kaiserstr. 130, Telefon 270,  
 empfiehlt: Vollständige Betten  
 jeder Art und Preislage, ganze  
 Wäsche-Ausstattungen in vorzüglicher Ausführung.

**Bekanntmachung.**  
 Die Stelle des Bürgermeisterssekretärs soll auf 1. Juli d. J. anderweit besetzt werden.  
 Denselben sind insbesondere die Gerichtsschreibereischäfte für das Gemeindegewerbe, Gewerbeamt und Kaufmannsgericht übertragen. 3.99.2.2  
 Anstellung nach dem städtischen Beamtenstatut. Tarifmässiger Gehalt 1600-2800 M., Zulage alle 2 Jahre 120 M. Die im Staats- oder einem Gemeinbedienst zugebrachten Dienstjahre können angerechnet und der Anfangsgehalt entsprechend erhöht werden.  
 Gerichtsschreibern, welche die Gerichtsschreiberprüfung bestanden haben, werden bevorzugt.  
 Bewerbungen wollen bis zum 20. April eingereicht werden.  
 Konstanz, den 15. März 1906.  
 Der Stadtrat.  
 Pauli. Hedmann.

**Handschuhe, Cravatten, Schirme**  
 anerkannt vorzügl. Qualitäten empfohlen  
**LUDWIG OEHL**  
 Nachfolger  
**KARLSRUHE i. B.**  
 Kaiserstr. 112  
 7.512.10.9

**Drogerie CARL ROTH**  
 Grossh. Hoflieferant  
 Herrenstr. 26 • Karlsruhe  
 Telefon 130  
**Grösstes Geschäft**  
 der  
**Drogen-, Kolonial-, Material- und Farwaren-Branche**  
 am Platze 40.21  
 Sämtliche Bedarfs-Artikel für alle Gewerbe  
 Gute und billige Einkaufsquelle für Lebensmittel  
 Preislisten stehen gerne zu Diensten  
 Prompter Versand nach auswärts.

**Bekanntmachung.**  
 Aus den Ertragsmitteln vom Jahre 1906 der im Besitze der Stadtgemeinde Baden befindlichen Stiftung des am 13. 25. Februar 1893 an St. Petersburg verstorbenen Rentners Heinrich Julius Nikolaus Beer aus St. Petersburg, welche an Abkommen der verstorbenen Schwester des Stifters, Adelsheid geborene Beer, gewesene Ehefrau des Dr. med. Samuel Wagenheim zu Riga in Livland, sofern dieselben an einer badischen Universität ihre Studien machen, als Stipendien gegeben werden sollen. Der verfügbare Betrag soll zu zwei Stipendien Verwendung finden.  
 Soweit der erwähnte Betrag wegen Ausfalls des Stipendiums nicht in Anspruch genommen wird, muß die Hälfte davon an etwa sich meldende arme Angehörige der Familie des Stifters abgegeben werden.  
 Die Gesuche um Zuwendungen aus der Beer'schen Stiftung sind an den Stadtrat zu Baden-Baden

zu richten und spätestens bis 1. Mai 1906 einzureichen. Denselben sind die amtlichen Nachweise über die Zugehörigkeit zur Verwandtschaft des Stifters beizufügen. 3.952.2.2  
 Wenn auf Armenunterstützung Anspruch gemacht werden soll, ist außerdem die Bedürftigkeit nachzuweisen.  
 Baden-Baden, den 13. März 1906.  
 Der Stadtrat:  
 Dr. Günner.  
 Schenkenau.

Ein Referendar als Hilfsarbeiter gesucht auf 1. April 1906.  
**J. Bronbacher**  
 Rechtsanwalt  
 3.45.2.2 Forstheim.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**  
 Öffentliche Zustellung einer Klage. 3.52.2. Nr. 5770. Karlsruhe.  
 Die Heizer Johann Michael Suber Ehefrau, Bertha geb. Besh, zu Karlsruhe, Durlacherallee 42, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Fr. Weill allda, klagt gegen ihren Ehemann, unbekannt wo, früher zu Karlsruhe, Bahnhofsstrasse 28, auf Grund der §§ 1565, 1568 B.G.B., mit dem Antrage auf Scheidung der am 3. Dezember 1898 zu Karlsruhe geschlossenen Ehe der Streittheile aus Verschulden des Beklagten.  
 Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Grossh. Landgerichts zu Karlsruhe auf  
 Dienstag den 15. Mai 1906, vormittags 9 Uhr,  
 mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
 Karlsruhe, den 19. März 1906.  
 Hartmann,  
 Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

**Öffentliche Zustellung einer Klage.**  
 3.60.2. Nr. 2071. Mannheim.  
 Rechtsanwalt Dr. Felix Wiltmer in Mannheim klagt gegen den Fuhrmann Julius Brügel, zuletzt in Mannheim, Vitera P. 3, 4 wohnhaft, jetzt an unbekanntem Orte abwesend, aus anwaltschaftlicher Vertretung de 1905/6 mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von restlichen 95 M. 55 Pf. nebst 4 Proz. Zinsen vom Klageausstellungstage an, sowie zur Tragung der Kosten, einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens und Arrestvollzugs.  
 Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Grossh. Amtsgericht zu Mannheim, Abteilung 3, Zimmer Nr. 111, auf:  
 Mittwoch den 9. Mai 1906, vormittags halb 10 Uhr.  
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung an den Beklagten wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
 Mannheim, den 17. März 1906.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3. Mohr.

**Konkursöffnung.**  
 3.107. Nr. 3962. Freiburg. Ueber das Vermögen des Wirts Josef Beck „zum Schützen“ in Freiburg, wurde heute am 22. März 1906, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
 Der Rechtsanwalt Ludwig Marbe jr. in Freiburg wurde zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 23. April 1906 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte — Zimmer Nr. 8 — zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
 Samstag den 21. April 1906, vormittags 9 Uhr,  
 und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

**Konkursverfahren.**  
 3.108. Nr. 3403. Mannheim.  
 Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gläubers Heinrich Seitz in Mannheim wurde durch heutigen Gerichtsbeschluß nach Abhaltung des Schlichtertermins und erfolgter Schlußverteilung aufgehoben.  
 Mannheim, den 20. März 1906.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 14: Mohr.

**Konkursöffnung.**  
 3.109. Nr. 3108. Staufen. Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft L. F. Groschupf in Staufen wird heute am 23. März 1906, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die persönlich haftenden Gesellschafter, Ludwig Jakob Groschupf und Robert Groschupf, Fabrikanten in Staufen, unter Einreichung eines Schuldners- und Gläubigerverzeichnis und einer Uebericht der Vermögensmasse, den Antrag gestellt haben.  
 Der Kaufmann und Rechtsagent Emil Stoll in Staufen wird zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1906 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
 Dienstag den 24. April 1906, vormittags 9 Uhr.  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1906 Anzeige zu machen.  
 Staufen, den 23. März 1906.  
 Grossh. Amtsgericht.  
 gez. Dr. Kraemer.  
 Dies veröffentlicht:  
 Der Gerichtsschreiber:  
 Hierholzer.  
 3.104. Nr. 678. Endingen.  
**Zwangsvollstreckung.**  
 Zum Zwecke der Aufhebung der an dem Grundstück bestehenden Erbengemeinschaft soll das auf Gemartung Endingen belegene, im Grundbuche von Endingen Band 44 Heft 4 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Kaufmann Otto Naubacher Witwe, Marie geb. Erb, in Endingen eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am  
 Montag den 21. Mai 1906, nachmittags 3 Uhr,  
 durch das unterzeichnete Notariat — im Rathsaule zu Endingen — versteigert werden.  
 Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Februar 1906 in das Grundbuche eingetragen worden.  
 Die Einfiacht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.  
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.  
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.  
 Karlsruhe, den 21. März 1906.  
 Grossh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.  
 E. Desheimer.

Montag den 30. April 1906, vormittags 9 Uhr.  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 23. April 1906 Anzeige zu machen.  
 Freiburg, den 22. März 1906.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4: Hofmann.

**Konkursverfahren.**  
 3.108. Nr. 3403. Mannheim.  
 Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gläubers Heinrich Seitz in Mannheim wurde durch heutigen Gerichtsbeschluß nach Abhaltung des Schlichtertermins und erfolgter Schlußverteilung aufgehoben.  
 Mannheim, den 20. März 1906.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 14: Mohr.

**Konkursöffnung.**  
 3.109. Nr. 3108. Staufen. Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft L. F. Groschupf in Staufen wird heute am 23. März 1906, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die persönlich haftenden Gesellschafter, Ludwig Jakob Groschupf und Robert Groschupf, Fabrikanten in Staufen, unter Einreichung eines Schuldners- und Gläubigerverzeichnis und einer Uebericht der Vermögensmasse, den Antrag gestellt haben.  
 Der Kaufmann und Rechtsagent Emil Stoll in Staufen wird zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1906 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
 Dienstag den 24. April 1906, vormittags 9 Uhr.  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1906 Anzeige zu machen.  
 Staufen, den 23. März 1906.  
 Grossh. Amtsgericht.  
 gez. Dr. Kraemer.  
 Dies veröffentlicht:  
 Der Gerichtsschreiber:  
 Hierholzer.  
 3.104. Nr. 678. Endingen.  
**Zwangsvollstreckung.**  
 Zum Zwecke der Aufhebung der an dem Grundstück bestehenden Erbengemeinschaft soll das auf Gemartung Endingen belegene, im Grundbuche von Endingen Band 44 Heft 4 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Kaufmann Otto Naubacher Witwe, Marie geb. Erb, in Endingen eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am  
 Montag den 21. Mai 1906, nachmittags 3 Uhr,  
 durch das unterzeichnete Notariat — im Rathsaule zu Endingen — versteigert werden.  
 Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Februar 1906 in das Grundbuche eingetragen worden.  
 Die Einfiacht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.  
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.  
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.  
 Karlsruhe, den 21. März 1906.  
 Grossh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.  
 E. Desheimer.

**Bekanntmachung.**  
 Bei diesseitigem Amt ist auf 1. April d. J. eine Altarsstelle mit einem jährlichen Einkommen von 1000 Mark zu besetzen. 3.105.  
 Bewerbungen wollen alsbald eingereicht werden.  
 Baden, den 21. März 1906.  
 Grossh. Bezirksamt.  
 Sappe. Vollmer.

**Grossh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Wir verkaufen öffentlich:  
 Abgängige Betriebsmaterialien, als: Seile, Klüsch, Reppichzeug, Garnierlein, Spritzenköpfe, Wagendeckende, Leberabfälle, versch. Glas-, Dampfheizungsabfälle, Gummi-, Nachschub-, Filz-, Linoleum-, Abschleppplattenabfälle, ausgebrannte Glühlampen, Glühlampenabfälle, Lackabfälle, Molatoren, Lampenzylinder, Lokomotivgläser, Mischgasgloden. 3.974.2  
 Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: „Verkauf abgängiger Betriebsmaterialien“, spätestens bis  
 Montag den 2. April d. J., nachmittags 3 Uhr,  
 bei uns einzureichen.  
 Verkaufsbedingungen und Angebotsbogen werden auf postfreie Anfrage von uns abgegeben.  
 Karlsruhe, den 16. März 1906.  
 Grossh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

**Bekanntmachung des zu verfertigernden Grundstückes:**  
 Grundbuch von Endingen Band 44 Heft 4 Bestandsverzeichnis I. Zgb. Nr. 3149. Flächeninhalt 20 a 60 qm; Hofreite 6 a 12 qm, Hausgarten 14 a 48 qm. Auf der Hofreite steht ein zweistöckiges Wohngebäude mit Waschküche, Troitklopp und Holzreife mit gewölbtem Keller, efs. Nr. 3148, afs. Nr. 3151 b. Schätzung: 27 000 M.  
 Endingen, den 15. März 1906.  
 Grossh. Notariat Endingen als Vollstreckungsgericht.  
 Schreiber.

**Zwangsvollstreckung.**  
 Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Schreinermeisters Hermann Wägel und dessen Ehefrau, Ana geb. Dopp, dahier eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am  
 Freitag den 18. Mai 1906, vormittags 9 Uhr,  
 durch das unterzeichnete Notariat, in dessen Diensträumen, Adlerstrasse 25, Seitenbau, 1. Stock, Zimmer Nr. 9 in Karlsruhe, versteigert werden.  
 Grundbuch Karlsruhe, Band 394, Heft 19, 3 a 67 qm Baugelände Halzingerstrasse Nr. 11. Hierauf erbaut:  
 a) ein Wohnhaus mit Schienenteller und franzö. Mansarddach, dreiflüchtig und Kniestock (unvollendet);  
 b) Abortausbau, vierstöckig, amtlich geschätzt auf 34 000 M.  
 Der Versteigerungsvermerk ist am 14. April 1906 in das Grundbuche eingetragen worden.  
 Die Einfiacht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.  
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.  
 Zur Erörterung über das geringste Gebot werden die Beteiligten auf  
 Mittwoch den 9. Mai 1906, vormittags 9 Uhr,  
 in die Diensträume des Notariats, Adlerstrasse 25, 2. Stock, Zimmer Nr. 6, geladen.  
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.  
 Karlsruhe, den 21. März 1906.  
 Grossh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.  
 E. Desheimer.

**Bekanntmachung.**  
 Bei diesseitigem Amt ist auf 1. April d. J. eine Altarsstelle mit einem jährlichen Einkommen von 1000 Mark zu besetzen. 3.105.  
 Bewerbungen wollen alsbald eingereicht werden.  
 Baden, den 21. März 1906.  
 Grossh. Bezirksamt.  
 Sappe. Vollmer.

**Grossh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Wir verkaufen öffentlich:  
 Abgängige Betriebsmaterialien, als: Seile, Klüsch, Reppichzeug, Garnierlein, Spritzenköpfe, Wagendeckende, Leberabfälle, versch. Glas-, Dampfheizungsabfälle, Gummi-, Nachschub-, Filz-, Linoleum-, Abschleppplattenabfälle, ausgebrannte Glühlampen, Glühlampenabfälle, Lackabfälle, Molatoren, Lampenzylinder, Lokomotivgläser, Mischgasgloden. 3.974.2  
 Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: „Verkauf abgängiger Betriebsmaterialien“, spätestens bis  
 Montag den 2. April d. J., nachmittags 3 Uhr,  
 bei uns einzureichen.  
 Verkaufsbedingungen und Angebotsbogen werden auf postfreie Anfrage von uns abgegeben.  
 Karlsruhe, den 16. März 1906.  
 Grossh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

**Bekanntmachung.**  
 Bei diesseitigem Amt ist auf 1. April d. J. eine Altarsstelle mit einem jährlichen Einkommen von 1000 Mark zu besetzen. 3.105.  
 Bewerbungen wollen alsbald eingereicht werden.  
 Baden, den 21. März 1906.  
 Grossh. Bezirksamt.  
 Sappe. Vollmer.

**Grossh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Wir verkaufen öffentlich:  
 Abgängige Betriebsmaterialien, als: Seile, Klüsch, Reppichzeug, Garnierlein, Spritzenköpfe, Wagendeckende, Leberabfälle, versch. Glas-, Dampfheizungsabfälle, Gummi-, Nachschub-, Filz-, Linoleum-, Abschleppplattenabfälle, ausgebrannte Glühlampen, Glühlampenabfälle, Lackabfälle, Molatoren, Lampenzylinder, Lokomotivgläser, Mischgasgloden. 3.974.2  
 Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: „Verkauf abgängiger Betriebsmaterialien“, spätestens bis  
 Montag den 2. April d. J., nachmittags 3 Uhr,  
 bei uns einzureichen.  
 Verkaufsbedingungen und Angebotsbogen werden auf postfreie Anfrage von uns abgegeben.  
 Karlsruhe, den 16. März 1906.  
 Grossh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.